

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 7, und durch Subskriptionen zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pf., pro Monat 1.05 Mk., pro 3 Monate 3.10 Mk., durch die Post bezogen 3.10 Mk., frei ins Haus 3.50 Mk., im Jahre 30.00 Mk.

Wichtigste Nachrichten für die einflussreiche Colonie oder deren Stamm 20 Pf., Kundstättige Inserate 40 Pf., Doppelzeile unter Text 1 Mk., Inf. für Arbeitsmarkt, Bescheid u. Beschlüsse 15 Pf., Anzeigen Familien-Nachrichten 40 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 263.

Breslau, Donnerstag, den 9. November 1916.

27. Jahrgang.

Wie lange noch?

Von Philipp Scheibemann.

Der Reichstag ist verlagert. Die politische Diskussion ist, soweit sie nicht in der Presse stattfinden kann, in Werkstatt und Kantor, in Wohnhäuser und öffentliche Lokale verlagert. Im Mittelpunkt aller Erörterungen steht der Krieg. Wo auch nur zwei beisammen sind, da heißt es: Wie lange noch? Jenseits der Grenzen ist es natürlich genau so. Der Bedarf an Krieg und Kriegsgeldern ist selbst bei den heldenhaftesten der Heimkrieger reichlich gedeckt.

Es ist begreiflich, daß in der soeben abgelaufenen Sitzungsperiode des Reichstags nur solche Fragen behandelt worden sind, die unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängen. Ernährungs- und Unterhaltungsfragen, Zensur und Belagerungszustand, Säuglings- und Militärfragen, Sanktionenbehandlung, U-Boote, Kriegskredite und allgemeine Friedensfragen.

Das Ergebnis ist kümmerlich. Das Recht des Haupt-Ausschusses, auch während der Vertagung zusammenzutreten, und die Milderung der Schughait sind beschiedene Errungenschaften. Die Erklärung der Regierung über die Erhöhung der Familienunterstützungen war ungenügend. Offiziell wird ihre Tat besser sein, sonst heißt die Mitteilung noch weiter. Das alle die Beschwerden über Besoldung, Beförderung und Behandlung der Soldaten überhaupt noch möglich sind, ist ebenso unerfreulich — um ein ganz gelindes Wort zu brauchen — wie die fortwährende Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt. Die Regierung meint, daß im Krieg ohne Zensur und Belagerungszustand nicht auskommen sei. Darin irrt sie. Ohne Zensur und Hellenwörter geht sehr wohl, wenn ein Volk weiß, daß es um seine Existenz kämpft —! Aber es geht nicht ohne Kartoffeln, Fett und manches andere. Es ist die höchste Zeit, daß die Reichsregierung aus den Verhandlungen der letzten Tage die dringend notwendige Nutzenwendung zieht. An sachkundigen Ratschlägen hat es nicht gefehlt.

Von alldeutschen Drängen bin ich heftig angegriffen worden, weil ich in der Verantwortung der Rede des Reichstagslers gefaßt habe, daß die Hauptgrundlage, auf der der kommende Friede geschlossen werden müsse, diese sei: Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch soll belgisch bleiben und was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Was ich und mit mir Millionen andere für selbstverständlich

halten, erregt bei manchen leidenschaftlichen Widerspruch. Sie verstoßen sich der Ansicht, daß der Krieg vielleicht noch Jahrzehnte lang fortgesetzt werden müßte, wenn Deutschland belgisches und französisches Land behalten wollte, oder wenn umgekehrt die feindlichen Mächte unsere Grenzen bis an den Rhein zurückdrücken wollten. Wiederholt habe ich ausgesprochen, daß ich glaube aus den Reden des Reichstagslers schließen zu dürfen, daß er zu einem Frieden auf der Grundlage bereit sei, die ich am 11. Oktober im Reichstag skizziert habe. Daß der Reichstagsler mir nicht widerspricht, ist ihm auf jener Seite arg verdacht worden. Auf der anderen Seite wird er heftig angegriffen, weil seine Friedensreden jener Klarheit ermangeln, die auch ich für dringend notwendig halte.

Wenn nun der Reichstagsler von der äufsersten Rechten attackiert wird, weil er zu friedlich gelassen ist, oder wenn Herr Bassermann sich müht, ihn dennoch als stillen Anhänger alldeutscher Pläne erscheinen zu lassen, so finde ich das vom Standpunkt dieser Herren aus beareiflich. Geringer, wenn man von sozialdemokratischer Seite Herrn v. Bethmann als einen Annerkennungswürdigen hinstellen möchte, der er, weiß Gott, nicht ist, so wäre das um mindesten eine taktische Unklugheit. Dadurch würde im Auslande der Glaube geschäft, daß Deutschland den Krieg zu Eroberungszwecken immer weiter führen wolle und die Friedensbestrebungen jenseits der Fronten würden dadurch im Keime erstickt werden.

Demgegenüber darf wohl nochmals auf die Rede des Reichstagslers vom 28. September hingewiesen werden, in der er sagte:

„So geht der ungeheure Krieg weiter. Immer neue Völker stürzen sich in das Blut. In welchem Ende? Die Kriegsziele, die unsere Gegner immer unerschütterlich verfolgen, dulden keine Milderung: Eroberungslust und Vernichtungswille! (Zustimmung.) Konstantinopel den Russen, Elßass-Lothringen den Franzosen, das Trentino und Triest den Italienern und jetzt Estland, Litauen, Rumänien. Für uns war vom ersten Tage an der Krieg nichts anderes als Verteidigung um eines Rechtes auf Leben, Freiheit und Entwicklung (Beifall). Darum konnten wir als die ersten und die einzigen unsere Friedensbereitschaft erklären. Ich habe darüber am 9. Dezember v. J. und später wiederholt deutlich gesprochen. Maschke und Lord Robert Cecil schafften mein Wort nicht mit der Behauptung aus der Welt, wir hätten

gar keine oder unwertigliche und erntebrochende Friedensbestrebungen kundgegeben. Die Eroberungslust ist es, die die Schuld trägt, daß die Berge der Toten sich täglich häufen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir im Interesse des Friedens verzerrten Darstellungen der deutschen Kriegspolitik entgegenreten, so müssen wir auf der anderen Seite — wieder im Interesse des Friedens — der Regierung den Massendruck der öffentlichen Meinung fühlbar machen, die eine vollkommen einheitliche und folgerichtige Friedenspolitik von ihr fordert.

Von diesem Standpunkt aus hätten die Sozialdemokraten dringend gewünscht, daß in der Polenfrage anders verfahren worden wäre. Auch hier leidet die Handlungsweise der Regierung, wie so oft, an Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit. Hätte die deutsche Reichsregierung zum Beginn des Krieges erklärt, daß ihr erstes und hauptsächlichstes Ziel die unverfälschte Erhaltung des Deutschen Reiches sei, daß sie aber auch darüber hinaus ein freies Polen als Ergebnis der künftigen Friedensverhandlungen anstrebe, so hätte diese Erklärung wohl in den breitesten Massen des Volkes Anklang gefunden. Ist, nach 2 1/2 Jahren des Krieges, in Polen ein Mittelglied von Freiheit (mit Erbmonarchie) und „Anlehnung“ zu schaffen, gilt vielen als ein weisehaftes Experiment. Warum läßt man die Polen über alle Fragen, die sie angehen, nicht allein bestimmen? Warum begnügt man sich nicht mit erklärten Provisorien, so lange diese Selbstbestimmung unmöglich ist?

Man darf wohl annehmen, daß bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht mehr die Freiheit Polens, wohl aber die „Anlehnung“ zur Diskussion stehen wird, und ich hoffe, daß man zu wünschen, daß man durch diese Frage — wenn eine wirkliche Freiheit Polens ganz ohne Anlehnung zu erzielen ist — die Friedensaussichten nicht wieder verdunkeln lasse.

Diese Auffassung wird an bestimmter Stelle gewiß heftigen Widerspruch erfahren. Die Grenzsjählichkeit zwischen konservativer und sozialdemokratischer Politik bleibt eben auch im Kriege unüberwindbar. Zwei geschlossene Systeme stehen hier einander entgegen, und man kann sich nur für das eine oder das andere entscheiden. Zwischen beiden hin- und herpendeln ist gefährlich.

Zum Kohlenmangel.

Wir leben in einem Lande mit reichen, schier unerschöpflichen Kohlenlagern, und waren in der Lage, in Zeiten hochgepaarter Konjunktur nicht alle die riesigen Anforderungen unserer Industrie und des Hausbedarfs zu genügen, sondern auch erhebliche Mengen nach dem Auslande zu liefern. Der Ausbruch des Krieges mit seinem Ruf zu den Fahnen, lähmte zunächst die Förderungsmöglichkeit der Gruben, die bald auf 50 Prozent herabsank. Ein Ausgleich zwisch den Erzeugung und Bedarf bildete sich aber bald von selbst heraus durch eine allgemeine, durch die rapid fortgeschreitende Teuerung bedingte Sparsamkeit des Hausbedarfs. Die weitere Entwicklung der Bergwerke hat auf dem Gebiete der Kohlenversorgung nicht viel geändert. Für Arbeiter, die zu den Fahnen einberufen wurden, stand ein gewisser Ersatz zur Verfügung, jedoch sich Erzeugung und Bedarf auch heute noch die Wage halten. Die Versorgung der Bevölkerung würde also glatt bewerkstelligt gehen, wenn nicht ein anderer Umstand eingetreten wäre, der den Versorgungsplan über den Haufen wirft:

Wir leiden an einem Wagenmangel, der gegenwärtig aber sehr langsam wirkt. Die Gruben haben gewaltige Mengen Kohle zutage gefördert und müssen sie zu Bergen aufschütten, da sie nicht wissen, wohin damit; und es besteht keine Möglichkeit, sie in ausreichender Menge dem Verbrauch zuzuführen, da die Eisenbahnwagen zum Verkauf nicht in genügender Menge vorhanden sind. Gerade es in Friedenszeiten schon immer im Herbst an der notwendigen Zahl der Wagen, um die Bergwerke zu versorgen, so ist dieser Mangel im Kriege naturgemäß noch viel empfindlicher geworden. Ein großer Teil der Kohle für den Eisenbahntransport verbleibt in den Gruben, während die Eisenbahnverwaltung zum Transport von Truppen, Munition und Kriegsmaterial beschleunigt und ein weiterer Teil soll in die Hände der Eisenbahnbesitzer fallen und mit ungenutzten Waggons auf stillen Bahnhöfen stehen und nicht in seinem Ursprung ausgehoben durch anderen Eisenbahnbesitzer, der der Kohle mit einem Gefährdungsgrad mit sich bringt. Die ungenutz-

ten Kohlenmangel eines Güterwagens ist heute erheblich länger als in normalen Zeiten und wirkt damit wie eine Verdrängung des Wagenmaterials.

So erklärlich aber auch die heutigen Verhältnisse in der Kohlenversorgung sind, so bleibt eben doch die Tatsache bestehen, daß wir vor einer Kohlennot stehen, die angesichts des nahen Winters zu ernsthaften Besorgnissen Anlaß gibt.

Der weitaus größte Teil der Haushaltungen hat noch keinerlei Vorräte im Keller, das heißt die häusliche Nachfrage in allen Rockendeschäften. Diese haben stets leere Regalplätze, da sie garnicht zur Ansammlung von Vorräten kommen. Es ist garnicht zu übersehen, wie einer noch bringenderen Nachfrage bei plötzlich einsetzender Kälte Genüge getan werden soll.

Eine Neuregelung der Wagenstellung unter Berücksichtigung der Kohlenversorgung und eine möglichst schnelle Erneuerung der Güterwagen kann daher nicht last genug gefordert werden.

Nach auch dem Kriege wird sich das heutige Wagenmaterial als unzulänglich erweisen, wenn wir ein Interesse daran haben, unsere angeschwüpften Vögel so schnell als möglich wieder zu füttern und unsere Industrie mit Kohlen zu versorgen. Die Erneuerung des Wagenmaterials ist deshalb eine der wichtigsten Maßnahmen, die zur Befreiung vieler Versorgungsmittel während des Krieges als auch zur Vorbereitung und schnelleren Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft.

Französische Behauptungen.

Französischer Generallieutenant vom 7. November nachmittags. Die Franzosen und Engländer haben am 1. Juli 1916 1. November an der Somme 71532 deutsche Soldaten und 1449 Offiziere zu Gefangenen gemacht. Das ist der gleiche Schicksalsschlag, den die Alliierten während des Somme-Krieges am 1. Juli 1916 erlitten. 130 000 deutsche Soldaten, die in der Somme-Kampagne am 1. Juli 1916 in die Hände der Franzosen und Engländer fielen, wurden in der Somme-Kampagne am 1. Juli 1916 in die Hände der Franzosen und Engländer fielen.

beträgt 40.796 Soldaten, 809 Offiziere, 77 Feldgeschütze, 101 schwere Geschütze, 101 Mörser und 535 Maschinengewehre. Es ist nichts zu merken aus dem Verlaufe der Nacht, mit Ausnahme von zeitweilig aussetzender Beschichtung an beschützten Stellen der Somme und am rechten Maasufer.

Eine deutsche Ausrückung zu diesen Angaben liegt bis jetzt noch nicht vor, sie wird zweifellos erfolgen.

Eine peinliche Frage.

Amsterdam, 8. November. Wie aus London gemeldet wird, erklärte Genosse Ramsay MacDonald vor einigen Tagen in einer öffentlichen Versammlung, daß alle, die jetzt auf den Schlachtfeldern in Frankreich und Belgien fallen, umsonst sterben.

Western fragte Duthwaite (liberal) im Unterhause, ob alle Alliierten gleichmäßig zur Gesamttruppenmacht beitragen. Lord George antwortete, es sei unerwünscht, darüber Schlüsse zu geben. Duthwaite begnügte sich damit nicht, sondern forderte nochmals auf, es erschollen von allen Seiten Protestrufe. Man rief: Sitzen bleiben, wir brauchen hier keine Reden zu hören. — Oberst Craig (Unionist) fragte, ob es nicht möglich sei, Fragen zu verhindern, die offenbar bezwecken, sich mitzuteilen zwischen den Alliierten herbeizurufen. — Der Sprecher erklärte, er würde das gern zur Regel machen, wenn das Haus einen derartigen Antrag annehme. Er habe nichts dagegen, daß Mitglieder des Hauses ihre Meinungen zum besten geben, er könne aber nicht zulassen, daß die Verhandlungen gestört würden.

So wird es gemacht, unbehagliche Fragen sind allmählich „Störungen“.

Norwegen.

Christiania, 8. November. Die norwegische Nationalversammlung hat heute dem deutschen Gesandten überreicht worden. Christiania, 7. November. Das norwegische Telekommunikationsamt hat ein russisches Telegramm empfangen, das am 2. November ein deutsches Unterseeboot, das am 2. November von Bergen bei Garboe entdeckt war. Die norwegische Regierung hat dem Gesandten in Christiania überreicht, daß die norwegische Regierung die Neutralität zu gewährleisten.

